

# Leipziger Tageblatt

## Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr 217

Hauptstiftleiter: Dr. Goerth, Leipzig

Mittwoch, den 14. Mai

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

### Drei deutsche Noten an Clemenceau

#### Die deutsche Auffassung der Schuldfrage — Der Protest gegen die wirtschaftliche Erdrosselung — Erste deutsche Gegenvorschläge zur Gebietsregelung Auf dem rechten Wege

E. E. Graf Brockdorff-Ranjan hat wieder drei, diesmal ausführlichere Noten an Clemenceau gerichtet, deren Schlagkraft trotz der zahllosen Erörterungen der deutschen und der fremden Presse ganz frisch und außerordentlich stark wirkt. Das kürzeste Schriftstück legt in leichtvoller Weise, die auch zur Klärung der Anschauungen im eigenen Volke beitragen kann, die Auffassung der Regierung von der deutschen Schuld am Kriege fest. Zunächst wird unterschieden zwischen dem deutschen Volk und seiner früheren Regierung. Das Volk wird von jeder bewußten Schuld am Kriege freigesprochen, und es wird mit vollem Recht, der Wahrheit gemäß festgestellt, daß in seinem Bewußtsein der Krieg ein Verteidigungskrieg gewesen ist. Anders das Bild der früheren deutschen Regierung. Daß sie irgendwelche und vielleicht nicht ganz geringe Schuld an der Entstehung des Krieges trage, wird nicht geleugnet, wohl aber wird entschieden verneint, daß sie die alleinige oder auch nur hauptsächlichste Schuld treffe. Niemand küßt, ohne sich zu ereifern, macht Graf Brockdorff geltend, daß die Entente Beweise für ihre Auffassung bisher nicht erbracht habe und daß er jederzeit bereit sei, Dokumente zu prüfen, die solchen Beweis führen wollen.

Die zweite, größere Note ist eine allgemeine Aeußerung über die Wirkung des Friedensvertrages auf das deutsche Bevölkerungsproblem. Sie gibt aber viele konkrete Handhaben zur Beurteilung, nicht zu viele auf einmal, sondern in wirksamer Auswahl und in knapper Form. Es ist ein guter Gedanke, den Alliierten, und zwar nicht nur den Kommissionen in Versailles, sondern auch den Völkern, die eine solche kurze Darstellung ausnahmslos zu lesen und zu verstehen vermögen, überhaupt erst einmal vor Augen zu stellen, ob die Forderungen tatsächlich unerträglich und unerfüllbar sind. Diese Mitteilung der „Times“ wirkt doch ein neues Licht auf das ganze Vorgehen der Verbündeten. Erst lassen sie den Inhalt von eigenen Beauftragten Deutschland an Herz und Nieren und bis in die Eingeweide durchsuchen, um festzustellen, ob sie auch wirklich Nahrungsmittel liefern sollen, und dann setzen sie einen Wähler voll ausgefuchter Scherpsbestimmungen an, ohne jene Kommissionen, wie es scheint, auch nur zu fragen! Das wird uns in aller Ruhe als eine unvergleichliche Gewissenlosigkeit bezichtigt werden dürfen, die schließlich auch ihren eigenen Interessen gegenüber sich als schwer begriffliche Leichtfertigkeit darstellt. Man kann also in der Tat mit der Möglichkeit rechnen, daß wir den drei Gewässern von Versailles über die Folgen ihrer eigenen Pläne noch sehr viel Neues und eigentlich erst alles Ausschlaggebende zu sagen haben. Ein Anreiz mehr, auf dem betroffenen Wege weiterzugehen.

Wir sind auf dem rechten Wege. Das sagen uns die vielen Aeußerungen, die aus der neutralen und in steigendem Maße auch aus der alliierten Presse vorliegen. Auf dem rechten Wege, das heißt nicht nur, daß wir die Gerechtigkeit auf unserer Seite haben — dies braucht uns niemand erst zu bekräftigen —, sondern daß wir praktisch richtig gehandelt haben und noch nicht jede Aussicht auf Erfolg verloren ist. Aus der Schweiz, aus Norwegen, Dänemark, Schweden liegen Aussagen vor, die eine Mäßigung der Entente als notwendig und wahrscheinlich bezeichnen. Italiens öffentliche Meinung ist von Anfang an gegen den Entwurf gewesen, und zu den englischen und französischen Sozialisten, auch der internationalen Arbeiterfriedenskonferenz, deren Ausschuss in Paris lag, gefellen sich die Sozialisten Belgiens und die Liberalen, ja auch konservative Engländer. Wir sind nicht mehr ganz allein, und es wäre töricht, zu leugnen, daß dieses Gefühl uns stark und damit schon an sich eine tatsächliche Hilfe für uns bedeutet. Wir sind sehr davon enttäuscht, irgendwo in der Welt Zustimmung zu finden, wir haben uns jahrelang geistig und seelisch wie in einem Gefängnis befunden, und wenn wir noch leben, noch immer in diesem Bewußtsein, die Stärke in uns selbst gefunden haben, uns nicht bloß zu widersetzen, sondern auch die Welt, zu der wir so wenig Zutragen haben konnten, zum Zeugen für das uns zugebacht, niemals von irgendeinem Volk in der Geschichte erlebte Schicksal aufzurufen, so werden wir nun erst recht uns aufrichten und straffen, da wir merken, daß die Vernunft zwar in Versailles keine Rolle hat, aber aus der Welt noch nicht verschwunden ist. Es scheint sich, wenn auch ohne Plan und ohne Form, ein anderer „Völkerbund“ zu bilden, als der in dem Versailler Dokumente steht, eine Gemeinschaft der Gestaltung, der Beurteilung wenigstens diesem einen weltgeschichtlichen Fall gegenüber.

Es braucht wohl kaum davor gewarnt zu werden, diese Stimmen, die wie aus weiter Ferne in die Wüste zu uns dringen, zu überschätzen. Wie wissen alle, wie unendlich Viel und Schweres vor uns liegt, aber wir dürfen das Zutragen haben, daß die Aufklärung der internationalen öffentlichen Meinung kein vergebliches Bemühen ist. Wir vergessen darüber nicht die auch weiterhin noch immer nötige Aufklärung unseres eigenen Volkes. Nach einer Meldung aus Berlin werden die Abgeordneten der Nationalversammlung im Einverständnis mit der Reichsregierung in ihren Wahlkreisen große Versammlungen abhalten, um das Bewußtsein, worum es sich eigentlich handelt, überall zu verbreiten; und hinter dieser Pflicht soll bis zur nächsten Vollziehung der Nationalversammlung alle Tätigkeit ihrer Ausschüsse zurücktreten.

Die dritte Note, die offenbar schon den Anfang der endgültig abgeleiteten deutschen Gegenvorschläge bringt, ist erst so kurz vor Schluß des Staates eingetroffen, daß wir uns ihre Besprechung noch vorbehalten.

Versailles, 14. Mai. (Drahtbericht.) Reichsminister Graf Brockdorff-Ranjan hat gestern an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, folgende drei Noten gerichtet.

I. Versailles, den 13. Mai.

Herr Präsident! In dem den deutschen Delegierten vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages wird der VIII. Teil, betreffend die Wiedergutmachungen, mit dem Artikel 231 eingeleitet, welcher lautet:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und alle Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“

Deutschland hat die Verpflichtung der Wiedergutmachung übernommen auf Grund der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918, unabhängig von der Frage der Schuld am Kriege. Die deutsche Delegation vermag nicht anzuerkennen, daß aus einer Schuld der früheren deutschen Regierung an der Entstehung des Weltkrieges ein Recht oder Anspruch der alliierten und assoziierten Mächte auf Entschädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen Verluste abgeleitet werden könne. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Staaten haben zudem wiederholt erklärt, daß das deutsche Volk nicht für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht werden solle.

Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt und würde einen Angriffskrieg niemals unternommen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg gewesen.

Auch die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen darüber, wer als Urheber des Krieges zu beschuldigen ist, wird von den deutschen Delegierten nicht geteilt. Sie verneinen der früheren deutschen Regierung nicht die alleinige oder hauptsächlichste Schuld an diesem Kriege zuzuschreiben. In dem vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages findet sich nichts, was jene Auffassung tatsächlich begründet, keinerlei Beweise werden für sie beigebracht. Die deutschen Delegierten bitten daher um Mitteilung des Berichtes der von den alliierten und assoziierten Regierungen eingesetzten Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, usw.

Graf Brockdorff-Ranjan.

II.

Versailles, den 13. Mai.

Herr Präsident! Entsprechend der Ankündigung in meiner Note vom 8. Mai d. J. überreichte ich die nachfolgende Aeußerung der volkswirtschaftlichen Kommission, die beauftragt ist, die Rückwirkung der in Aussicht genommenen Friedensbedingungen auf die Lage der deutschen Bevölkerung zu begutachten:

Deutschland war im Laufe der letzten beiden Generationen vom Agrarstaat zum Industriestaat übergegangen. Als Agrarstaat konnte Deutschland 40 Millionen Menschen ernähren. Als Industriestaat war es in der Lage, die Ernährung einer Bevölkerung von 67 Millionen sicherzustellen. Die Einbuße an Lebensmitteln betrug im Jahre 1913 rund 12 Millionen Tonnen. Vor dem Kriege lebten in Deutschland nun auswärtigen Handel und von der Schiffahrt, entweder direkt oder indirekt durch die Verarbeitung auswärtiger Rohstoffe, rund 15 Millionen Menschen.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages soll Deutschland seine für den Lebensbedarf langjährige Handelsstimmung und Schiffbauindustrie aufheben; auch sollen die Werften in den nächsten fünf Jahren in erster Linie für die alliierten und assoziierten Regierungen bauen. Deutschland büßt ferner seine Kolonien ein; die Befreiung seines Bestandes, seiner Interessen und Titel in den alliierten und assoziierten Ländern, in deren Kolonien, Dominien und Protektoraten soll zur teilweisen Deckung der Entschädigungsansprüche der Kriegsmahner angesetzt sein, die die alliierten und assoziierten Mächte in der Friedenszeit anfordern oder neu einzuführen beabsichtigen.

Bei Ausführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages würden im Osten die wichtigsten Produktionsgebiete für Getreide und Kartoffeln verloren gehen; das wäre gleichbedeutend mit einem Ausfall von 21 v. H. der Gesamtmenge in vielen Lebensmitteln. Ueberdies würde unsere landwirtschaftliche Produktion in ihrer Intensität stark zurückgehen. Einmal würde die Zufuhr von bestimmten Rohstoffen für die deutsche Düngemittelindustrie, wie Phosphat, erschwert, sodann würde diese wie jede andere Industrie unter Kohlenmangel leiden, denn der Friedensvertrag sieht vor, daß wir fast ein Drittel unserer Kohlenproduktion verlieren; außerdem werden uns für die ersten zehn Jahre ungeheure Lieferungen in Kohle an bestimmte alliierte Länder auferlegt.

Weiter soll Deutschland nach dem Vertrage fast drei Viertel seiner Eisenproduktion und mehr als drei Fünftel seiner Produktion an Zink zugunsten seiner Nachbarn abtreten.

Nach dieser Einbuße an eigener Produktion, nach der wirtschaftlichen Kahlnutzung durch den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte und der auswärtigen Besitztümer, wäre Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Die deutsche Industrie müßte daher in einem gemäßigten Umfange erlöschen. Gleichzeitig würde der Bedarf an Lebensmittelmitteln Jahren er-

heblich steigen, während die Möglichkeit, ihn zu befriedigen außerordentlich sinken müßte.

Deutschland wäre daher in kurzer Zeit außer Stande, den vielen Millionen auf Schiffahrt und Handel angewiesenen Menschen Arbeit und Brot zu gewähren. Diese Menschen müßten aus Deutschland auswandern. Das ist aber technisch unmöglich, zumal da sich viele der wichtigsten Länder der Welt gerade gegen die deutsche Einwanderung sperren würden. Außerdem würden Hunderttausende ausgewiesener Deutscher aus den Gebieten der mit Deutschland Krieg führenden Staaten sowie aus den abgetrennten deutschen Territorien und Kolonien nach dem übrigbleibenden deutschen Gebiet einströmen.

Wenn die Friedensbedingungen durchgeführt, so bedeutet das ein Jahr, das viele Millionen in Deutschland zugrunde gehen müßten. Dieser Prozeß würde sich rasch entwickeln, da durch die Blockade während des Krieges und deren Verschärfung während des Waffenstillstandes die Volksgesundheit gebrochen ist. Kein Hilfswerk, noch so groß und langfristige angelegt, könnte diesem Massensterben Einhalt tun. Der Friede würde von Deutschland ein Mehrfaches der Menschenopfer fordern, wie der vierzehnjährige Krieg verschlang. (Ein dreizehnter Millionen im Falle gefallen, fast eine Million Opfer der Blockade.)

Wir wissen nicht, und möchten es bezweifeln, ob die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte sich über die Konsequenzen im klaren sind, wie sie unermesslich einwirken würden, wenn Deutschland, soeben noch ein nicht bevölkerter, mit der ganzen Weltwirtschaft verknüpfter, auf gemäßigter Rohstoff- und Lebensmittelzufuhr angewiesener Industriestaat, plötzlich auf eine Entwicklungskurve zurückgeworfen wird, die seiner ökonomischen Konstruktion und seiner Bevölkerungsziffer von vor einem halben Jahrhundert entspricht.

Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus.“

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, vor Ueberreichung weiterer Einzelheiten diese allgemeine Aeußerung über die Wirkung des Friedensvertrages auf das deutsche Bevölkerungsproblem zur Kenntnis der alliierten und assoziierten Friedensdelegierten zu bringen. Die statistischen Nachweise stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meines angezeichneten Hochachtung.

Graf Brockdorff-Ranjan.

III.

Versailles, 13. Mai.

Herr Präsident! Die deutsche Friedensdelegation hat aus dem Schreiben Eurer Excellenz vom 10. d. M. entnommen, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen bei Abfassung der Bedingungen des Friedensvertrages ständig von den Grundrissen haben lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Die deutsche Delegation will selbstverständlich diese Grundriss nicht in Zweifel ziehen, sie muß sich aber das Recht vorbehalten, auf die Bedingungen hinzuweisen, die nach ihrer Auffassung mit der Absicht der alliierten und assoziierten Regierungen in Widerspruch stehen.

Ein solcher Widerspruch springt besonders in die Augen bei den Bedingungen des Vertragsentwurfes, die sich auf die Abtrennung verschiedener von deutscher Bevölkerung bewohnter Teile des Reichsgebietes beziehen. Abgesehen von der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und der Befreiung Keils, auf welche beiden Punkte ich mir vorbehalten später einzugehen, wird Deutschland die zeitweilige oder dauernde Unterstellung folgender deutscher Gebiete unter fremde Herrschaft angenommen: Des Saargebietes, der Kreise Eupen und Malmedy sowie Preussens Morzesnet, deutscher Teile Ostpreussens, Posen, Westpreußen und Ostpreußens. (Hier folgen im Telegramm einige verkürzte Worte.)

Die deutsche Delegation erkennt nicht, daß für eine Reihe von Bestimmungen über territoriale Änderungen, die im Friedensentwurf enthalten sind, der Grundriss der nationalen Selbstbestimmung geltend gemacht werden kann, weil gewisse bisher von deutscher Seite beherrschte Bevölkerungsgruppen, z. B. die polnische, sich als nichtdeutsch betrachten. Auch in der Frage von Schleswig sind nationale Gründe anzuführen, wenngleich die deutsche Delegation nicht einseht, mit welcher Vollmacht die alliierten und assoziierten Regierungen die zwischen Deutschland und Dänemark zu regelnden Grenzfragen zum Gegenstand der Friedensverhandlungen machen. Die neutrale dänische Regierung weiß, daß die gegenwärtige deutsche Regierung immer bereit gewesen ist, sich mit der ihr über eine neue, dem Prinzip der Nationalität entsprechende Grenze zu verständigen. Wenn die dänische Regierung es trotzdem vorziehen sollte, ihre Ansprüche auf dem Umwege über die Friedensverhandlungen zu beschreiben, so ist die deutsche Regierung nicht gewillt, hiergegen Widerspruch zu erheben.

Die Bereitschaft der deutschen Regierung erstreckt sich aber nicht auf jene Gebiete des Reiches, die nicht unweifelhaft von einer Bevölkerung fremden Stammes bewohnt sind, vor allen Dingen hält sie es für unzulässig, daß durch den Friedensvertrag zu dem Zwecke, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerung und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen beschachtet werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiele wären.

Dies gilt insbesondere von dem Saarbecken. Daß hier eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, bezeugen die





### Leipzig und Umgebung

#### Milderung des Belagerungszustandes

Da auch die gefirgte Nacht durchaus ruhig verlaufen ist, hat General Raeder die Polizeikräfte für die Ostviertel und Vergnügungsviertel auf 10 Uhr verlängert und den freien Straßenverkehr bis 11 Uhr gestattet.

Den nächsten Theater-, Varietés- und Konzertveranstaltungen ist dadurch ebenfalls die Ausdehnung ihres Spielplans bis 10 Uhr gestattet, allerdings unter Beachtung der bis einschließlich nächsten Sonnabend bestehenden Landesstrafen. Die Truppenkassen auf dem Augustplatz ist wegen der Landesstrafen von Donnerstag vormittag auf Sonntag vormittag verschoben worden. Entsprechend der erweiterten Polizeidienst hat die Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn auch die Fahrzeiten verlängert, und zwar werden die letzten Wagen die innere Stadt zwischen 10 Uhr 10 Minuten und 11 Uhr verlassen. Bei den Gaswerken ist der Streik als beendet zu betrachten. Nur ganz wenige Arbeiter sind im Ausnahmefall verblieben und, wie angekündigt, entlassen worden. Bei der Gasabgabe hat sich die Vermaltung nach der Gaslieferung gerichtet und, da diese infolge des teilweisen Streiks verringert war, seit Montag abends 9 Uhr die Gasabgabe eingestellt. Schon in kurzem ist jedoch eine verlängerte Gasabgabe zu erwarten. Erndt ist hierbei, daß zwei der Hauptbäcker zum Streik in den Gaswerken, Kalkweit und Bessel, verhaftet worden sind.

#### Die Sächsische Grenzjägerbrigade

Der Hauptmann im Laufe des gestrigen nachmittags und abends eingetroffen ist, besetzte heute in den frühen Morgenstunden auch den südlichen Teil der Westvorstadt Leipzig, also die Vororte Klein- und Großschönau, Schützengasse, Plagwitz (südliche Hälfte) und den Bahnhofs-Platz ohne jeden Zwischenfall. Der Stad der Grenzjäger ist im Hotel „Häselhof“ untergebracht. Da die Befehle der westlichen Vorherrscher erst gestern und heute erfolgen konnte, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß für den Teil westlich der Elster die Polizeidienst erst in den nächsten Tagen verlängert wird. Ein endgültiger Beschluß liegt bis zur Stunde noch nicht vor. Die für gestern nachmittag beabsichtigten gemeinsamen Streikversammlungen sind nicht zustande gekommen, nachdem bereits am Vormittag eine beratende Versammlung ausgetagt worden war. Die Streikbestimmung hat in diesem Stadium ebenfalls keine Nachwirkungen. Auch heute fanden verschiedene Versammlungen von Streikführern und Kommunisten statt. Die Zahl der durch die Sächsische Grenzjägerbrigade bisher in den Westvorstädten Festgenommenen beträgt 18, darunter 2 Frauen.

#### Vom Standgericht

Das nach Einzug der Regierungstruppen sofort eingeführte Standgericht, bestehend aus 2 Offizieren, 1 Artillerieoffizier und 2 ordentlichen Richtern, hat leider trotz aller Warnungen des Generals Raeder schon verschiedene Male im Tätigkeit treten müssen. Am Donnerstag kamen die ersten Fälle zur Verhandlung.

Verhandelt wurde zunächst gegen den Schreiber Ibornicker, der beschuldigt wurde, an einer Anklage vor dem Volkshof sich beteiligt und gegenüber einem Offizier der Regierungstruppen böshafte Redensarten geäußert zu haben. Der Angeklagte wurde dem ordentlichen Gericht zugewiesen, da Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit auftraten.

Der Arbeiter Wünsche hatte sich am Sonntag an einer Anklage vor dem Hotel „Häselhof“ beteiligt, den dortigen Posten angereizt und der wiederholten Aufforderung eines Sergeanten zum Verlassen des Platzes nicht Folge geleistet. Bei seiner Festnahme hatte er weiter aufrege Reden an das Publikum gehalten. Er wurde standgerichtlich zu 2 Monaten 3 Tagen Gefängnis verurteilt.

Ebenfalls am Dienstag wurde noch gegen den Galvanoplastiker Henrich und dessen Gehilfen, die Kontoristin Littrott verhandelt. Henrich war angeklagt, gelegentlich einer Anklage vor der Ecke der Kreuz- und Grenzstraße, wo ein Maschinenengewehr angelegt ist, der wiederholten Aufforderung des Wachmanns zum Verlassen des Platzes nicht Folge zu leisten, nicht nachkommen zu sein. Nach seiner Festnahme erschien die Kontoristin Littrott, schimpfte auf die Regierungstruppen aus Verger über die Verbannung ihres Geliebten und suchte einen Soldaten an. Er erhielt dafür 8 Tage Haft und wird

sich außerdem noch wegen öffentlicher Beleidigung vor dem ordentlichen Richter zu verantworten haben. Henrich wurde zu 2 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

**\* Zur Kartoffelabgabe.** Infolge des wie alljährlich um diese Jahreszeit eintretenden Rückgangs in der Kartoffelerzeugung können für die Woche vom 20. bis 26. Mai nur zwei Pfund Kartoffeln abgegeben werden. Leipzig folgt damit anderen Großstädten wie Berlin, Hamburg, Danzig, Königsberg nach, die schon seit längerer Zeit mit dem Kartoffelverbrauchsbedarf überfordert sind. Der Kartoffelverbrauchsbedarf von fünf Pfund dürfte in Leipzig noch etwa zwei Wochen länger aufrechterhalten werden können, wenn nicht der Stadt die hierzu erforderlichen Kartoffeltransporte durch den Leipziger Generalstreik entzogen wären. Es ist dabei selbstverständlich, daß die Führung der Kartoffelmenge in Leipzig nicht das geringste mit der Verpflegung der Regierungstruppen zu tun hat, wie gegenüber falschen Gerüchten ausdrücklich festgestellt sei. Die Truppen führen ihre gesamte Verpflegung mit sich. Als Ersatz für die ausfallenden drei Pfund Kartoffeln kommen vom 26. bis 29. Mai 300 Gramm Getreide zur Verteilung.

**\* Keine Kündigungen in der jetzigen Zeit.** Der Arbeitgeberverband des Leipziger Großhandels richtet an seine Mitglieder ein Schreiben in dem es unter anderem heißt: Die allgemeine Notlage, die quälende und drückende Ungewißheit der nächsten und weiteren Zukunft, haben in den Kreisen der Angestellten die schwere Besorgnis erweckt, es würde ihnen in größerer Anzahl zum 30. Juni d. J. die Stellung gekündigt. Das grausame Friedensbild der Feinde hat diese Besorgnis noch gesteigert, und es ist daher der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände an uns mit dem Vorschlag herangetreten, unseren Mitgliedern dringend zu empfehlen, jezt Änderungen in den Angestelltenverhältnissen möglichst zu vermeiden. Die große Gefahr, die in der an und für sich bestehenden bedenklichen Arbeitslosigkeit, tut, ist allerdings für den Großhandel Veranlassung genug, jedes nur erträgliche Opfer dafür zu bringen, damit die Angestellten möglichst in ihren Stellungen bleiben können. Letzten Endes wäre der Arbeitgeber der Leidtragende, wenn die Arbeitslosigkeit, die durch die Arbeitslosenunterstützung bereits katastrophal gestiegen ist, noch weiter schwinden würde. Jede Kündigung müßte dieses Übel nur noch vergrößern und vermehren. Deshalb glauben wir dem an uns gerichteten Ersuchen entloren zu sollen und richten an unsere Mitglieder die Bitte, Kündigungen jezt nur in den allerdingsten Fällen, wenn möglich überhaupt nicht auszusprechen.

**\* Anwerbung von Freiwilligen.** Von jezt ab erfolgt die gesamte Werbeteilnahme innerhalb Sachsens zur Anwerbung von Freiwilligen für die Grenzjägerregimenter, Grenzballistene und für die sächsischen Formationen im Osten ausnahmslos von dem Hauptkommando XII. A. N., Dresden A., Birkenstraße 38. Alle die freiwilligen Anwerbungen betreffenden Gesuche, Anfragen pp. sind in jedem Falle dorthin zu richten.

**\* P. Albert Diebstahl.** Gestohlen wurde aus einem Hofe in der Schornhorststraße ein zweirädriger Handwagen, grau gefarben, an den beiden Seiten des Rahmenseitens mit der Firma Alfred Reuber, Leipzig, bemalt; aus einer Werkkiste in der Wurmser Straße ein neuer Gleichstrom-Elektromotor mit der Nummer 20644 und der Bezeichnung 0,37 K. W., von einem Untermieter in Abwesenheit seiner Wirtin ein Posten M. H. und G. B. gezeichnete Wäsche.

**\* Dönnsdorf, 14. Mai.** Für das zum 1. Gemeindefestgenössen gewählte und von der Amtshauptmannschaft beauftragte Mitglied Schuber und für das insolge Bezugs ausgeschiedene Mitglied Reimann sind die Einkommensteuerbescheide eingetroffen. — Dem Amtebeten der Thüringer Gasgesellschaft, den Preis für einen Kubikmeter Leuchtgas auf 30 Pf. bis zum 30. Juni und für einen Kubikmeter Ertragsbeleuchtung und Wasserwerkzeuge auf 17 Pf. festzusetzen, wurde vom Gemeindefestgenössen zugestimmt. — Der Antrag des Bauausschusses, Staatsstraßen für Hofstraßenarbeiten beim Ausbau des Teichlauer und Tauchaer Weges, des oberen Teiles der Mühlengasse und der Straßen im neuen Ortsteil nachzusuchen, wird einstimmig zum Beschluß erhoben. — Die Entsendung von 10 Kindern ins Volkshaus nach Bad Nauendorf wurde nachträglich genehmigt. — In den Jugendfürsorgeausschüssen wurden gemäß die Mitglieder Bräde, Gräfe, Große, Franzen, Gensler, Gilmann, Jacob und Reihsh.

### Lebensmittelkalender für Donnerstag, 15. Mai

#### Für Haushaltungen.

Anmeldung: Fleisch: Leichter Tag — abgeben Fleischmarkenstreifen N 1-8 (150 Gramm), Kinder N 1-4 (75 Gramm). Ausgabe: Margarine für Groß- und Kleinverbraucher usw. Warenentnahme, Hofplatz 9, auf grüne Karte N 23-26 für Nr. 1201 bis 1204.

#### Für Händler.

Zwieback, Kekse oder Lebkuchen: Markenablieferung durch die Ökonomen und Bedienungsbüros an die Bezugsstellen, Markgrafenstraße 8 und Ertragung der Ausgabenstellen bei der Lebensmittel-Versorgungsgesellschaft. — Amerikanisches oder inländisches Mehl: Bezugsentnahme durch die Kleinbäcker und Ökonomen, Bezugsstellen, Schulstraße 1, L. und Vorlegung an die Verteilungszentrale, Schulstraße 25. — Marmelade: Warenentnahme in den 8 Lagerstellen. — Crapen: Bezugsentnahme durch die Kleinbäcker und Ökonomen, Bezugsstellen, Schulstraße 1, L. und Vorlegung an die Verteilungszentrale, Schulstraße 25. — Margarine für Großverbraucher: Warenentnahme durch die Margarineverkaufsstellen, Hofstraße 11/13. — Rahmmittel, Mehl, Zucker für Kinder bis zu 2 Jahren und Rahmmittel für Schwangere: Bezugsentnahme, Schulstraße 1, L. Schulter 36 und 37.

### Sächsische Nachrichten

**\* Rochitz, 14. Mai.** Das im Verlage von Ernst Wetter erscheinende „Rochitzer Tageblatt“, Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht und den Stadtrat zu Rochitz, begibt heute sein 100jähriges Bestehen. Das Blatt hat sich, wie aus einer reichhaltigen Jubiläumsgabe ersichtlich, im Laufe des Jahrzehntes recht gut entwickelt.

**\* Meißen, 14. Mai.** (Eigener Drahtbericht.) Als gestern nachmittag der an der Straßenbrücke gestrandete Roblenkahn abgehleppt wurde, rutschte das sechsährige Tochter des Arbeiters Pöschel von der Uferböschung ab in den Strom und verschwand in den Fluten. Sofort in Hilfe eilenden Schiffern gelang es nicht, das Kind zu retten. — Bei dem Explosionsunglück in der Deutschen Kunstleberfabrik in Rochitz hat sich die Zahl der Todesopfer auf fünf erhöht.

### Sport und Spiel

#### Pferdesport.

**\* Rennen zu Dresden.** Der Dresdner Rennverein war, wie in vorigen Jahren bekannt, infolge der plötzlich angeordneten Landesstrafen gezwungen, die für den 11. Mai angelegten Rennen auf den kommenden Sonntag verschieben zu müssen. Obwohl an diesem Tage auch in Rochitz und München Rennen stattfinden konnte, ein anderer Termin nicht in Frage kommen, da nach dem Rennreglement die angesprochenen Rennen innerhalb sieben Tagen nach dem ursprünglich bestimmten Rennstage abgehalten werden müssen. — Die bereits am vorigen Sonntagabend aus Berlin und Breslau eingetroffenen 43 Pferde sind mit Ausnahme von 3 Pferden sämtlich an Ort und Stelle verblieben, so daß auf der Seidenhofbahn bei der Früharbeit jezt reges Leben herrscht. — In der Seidenhofbahn, der 14. Mai um 10 Uhr 15 Min. der Morgenstart eines Ausdauerrenns, wird am Sonntag in Rochitz wieder in den Galop gehen.

#### Fußballsport.

Die englische Fußballspielzeit jezt beginnt. Die englischen Fußballspieler haben, dem Juge der Zeit folgend, jezt auch eine Erhöhung ihrer Gehälter beantragt, was bisher mit Erfolg abgelehnt wurde. Das Einkommen der Spieler jezt liegt bei 250 Pf. pro Woche, was bei jezt bei 100 Pf. pro Woche liegt. Die Spieler, die etwa 700 K. nach dem alten Tarif.

#### Hochpar.

Die Hochparade am Sonntag wird am Sonntag die Deserenten von Eppendorf, Jean Weh, Trödel und W. Ernst bestrafen. Die Hochparaden von Leipzig 1919 über die große Straße für Verurteilten, zu den Hochparaden, am Sonntag, wird am Sonntag die Deserenten von Eppendorf, Jean Weh, Trödel und W. Ernst bestrafen. Die Hochparaden von Leipzig 1919 über die große Straße für Verurteilten, zu den Hochparaden, am Sonntag, wird am Sonntag die Deserenten von Eppendorf, Jean Weh, Trödel und W. Ernst bestrafen.

## Handels-Nachrichten

### Bevorstehende Abschaffung des Bezugscheins

Von allen Richtungen, die uns die Kriegswirtschaft gebracht hat, ist keine von Anfang an so unpopulär gewesen wie der Bezugschein, und seit Monaten verlangen Publikum und Geschäftswelt immer dringender seine endliche Beseitigung. Die Reichsleitungsstelle hat sich bisher zur Abschaffung des Bezugscheins nicht entschließen können, weil sie die Friedensverhandlungen und die damit in Aussicht stehende Klärung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse noch abwarten zu sollen glaubte. Neuerdings aber hat sie im Hinblick auf die Gestaltung der tatsächlichen Verhältnisse einen anderen Standpunkt eingenommen und widersetzt sich der Aufhebung des Bezugscheins nicht mehr grundsätzlich wie bisher. Sie ist vor kurzem an sämtliche Kommunalverbände im Reich mit einer Anfrage herangetreten, ob die Aufhebung des Bezugscheins in weitem Maße nicht mehr beachtet würde. Das Publikum, das sich überhaupt keinem behördlichen Zwange mehr unterwerfen wollte, über die die Kleinbändler entsprechenden Druck bis zur Gewaltanwendung und Pfändung aus, dem der Kleinbändler nicht widerstehen konnte, um so mehr, als sein Interesse sich hierbei mit dem Interesse des Publikums deckte. Die Behörden seien nicht in der Lage, dem zu steuern, schon wegen der Schwierigkeit der Kontrolle. So habe sich in weiten Teilen des Reiches das Bezugscheinverfahren zu einer zwecklosen, das Publikum belastenden und verblüffenden Formalität entwickelt, in weiten Teilen werde es nicht einmal von den Behörden mehr beachtet. Insofern es noch beachtet werde, bedeute es nur eine betrügerische Scheidung für die realen und die von den Angestellten kontrollierten großen Geschäfte.

Die Antworten der Kommunalverbände liegen nunmehr vor. Von den eingegangenen 592 Antworten sind 411 für die Aufhebung des Bezugscheins, unentschieden sind 8, der Rest ist für die Beibehaltung. In sehr zahlreichen Antworten wird die weiteste Nichtbeachtung der Bezugscheinsvorschriften anerkannt und für die Aufhebung wird angeführt, daß die hohen Preise und die schlechte Qualität der Waren die besten Regler des Verbrauchs seien und daß im Hinblick auf die zu erwartenden billigen Preise ein Einkauf über das Notwendigste hinaus bei Aufhebung nicht zu beschränken sei. Im ganzen spricht das Ergebnis dieser Umfrage für die Aufhebung des Bezugscheins, die nun auch nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Die Entscheidung darüber ist in den nächsten Tagen zu erwarten, da, wie wir hören, der Beirat der Reichsleitungsstelle für den 15. Mai einberufen worden ist, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

**\* Chemnitz Bank für Grundbesitz, Akt.-Ges., in Chemnitz.** Unter Hinzurechnung der Zinsen, des Vortrags und der Provisionen stellt sich das Gesamtergebnis im Jahre 1918 auf 157.006 (118.745) K. Die Handlungskosten erforderten 59.977 (47.580) K., die Steuern 14.905 (14.214) K., die Hypothekenzinsen 19.525 (27.298) K. und die Abschreibungen 12.235 (7.414) K. Der verbleibende Reingewinn von 50.964 (22.206) K. wird wieder auf neue Rechnung vorgelassen. — In der Bilanz erscheinen Grundstücke usw. mit 1.545.786 (1.812.010) K., Hypothekendarlehen mit 544.572 (651.171) K., Darlehen mit 1.137.311 (2.438.328) K. und Kreditoren mit 1.433.752 (1.812.800) K.; Hypothekendarlehen mit 880.000 (989.000) K.

**\* Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft, Akt.-Ges., in Frankfurt a. M.** Die in Mainz abgehaltene Generalversammlung genehmigt die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung und ernennt den Aufsichtsrat und Vorstand. Ersterer, Gebheimer Kommerzienrat Dr. Franz Baumberger, Mainz, wurde in den Aufsichtsrat wiedergewählt.

**\* Griechische Finanzen.** Die Staatsmaßnahmen Griechenlands betragen im Februar d. J. bei der Monatsverwaltung 2.467.000 Drachmen und aus den Piräusstellungen 3.567.000 Drachmen.

**\* Nassauische Bergbau-Akt.-Ges. in Halger (Dillkreis).** Bei einem Betriebsergebnis von 909.345 (i. V. 52.516) K. ergab sich in 1918 bei Abschreibungen von 71.221 (73.786) K. ein Verlust von 328 K., um den sich die bestehende Unterbilanz auf 50.677 (49.749) K. erhöht. Die Verkaufspreise brachten nur die Selbstkosten. Die Leistung ging durch die Verkehrsstockungen und die Abgabe der Kriegselangenen zurück; die Selbstkosten stiegen. — In der Bilanz erscheinen bei Debitoren von 149.826 (i. V. 20.558) K. und Effekten von 195.282 (115.144) K. die Kreditoren mit 49.182 (133.412) K.

**\* Die Nessel-Anbau-Gesellschaft m. b. H. in Berlin** gibt bekannt: Nesselanbau kann aus der Ernte 1918 nach dem 31. Mai d. J. überhaupt nicht mehr abgenommen werden. Für Nesselstengel aus der Sammlung 1918 werden nach dem 30. Juni d. J. die Preise herabgesetzt.

**\* Der New Yorker Rohseidenmarkt** verhält sich sehr ruhig. Die Preise blieben fest behauptet.

**\* Die erste chinesische Seidenerte** wird nach einer Meldung aus Kanton auf 5000 Ballen geschätzt.

**\* Aachener Lederfabrik, Akt.-Ges., in Aachen.** Dem Fabrikationsgewinn von 1.23 (i. V. 1.21) Mill. Mark gegenüber erforderten in 1918 Unkosten, Zinsen und Kriegswirtschaftsbeiträge 949.822 (967.252) K. und die Abschreibungen 48.885 (47.115) K. Ein schließlich Vortrag ergab sich ein Reingewinn von 288.145 (403.755) K. Hieraus sollen, wie bereits gemeldet, 10 (15) Proz. Dividende verteilt werden, während 20 (30) Proz. auf neue Rechnung kommen. Infolge der Maßnahmen der Kriegswirtschaft, Leder anzufertigen, das eine sehr lange Gerbdauer braucht, sind in der Bilanz die Warenbestände auf 3,63 (i. V. 1,83) Mill. Mark angewachsen. Ferner erscheinen Effekten mit wieder 1,1, Debitoren mit 0,57 (0,58) und Kreditoren mit 2,85 (0,73) Mill. Mark.

**\* Maschinenfabrik Buckau, Akt.-Ges., in Buckau.** Nach dem Geschäftsbericht für 1918 stellte sich der Reingewinn, einschließlich Vortrag, auf 3.573.058 (i. V. 3.369.154) K. Demgegenüber sind Geschäfte- und Betriebsunkosten auf 1.809.232 (1.436.450) K. gestiegen; Zinsen erforderten 141.017 (99.942) K. Zu Abschreibungen werden 709.859 (752.065) K. verwendet. Aus dem Reingewinn von 822.950 (1.080.697) K. soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 10 (12) Proz. verteilt werden. Der Neuvortrag ermäßigt sich auf 91.418 (111.867) K. Die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen sind auf das Unternehmen nicht ohne Einwirkung geblieben. In den ersten sechs Monaten war die Beschäftigung ziemlich gleichmäßig, die Monate November und Dezember brachen aber einen gewaltigen Rückgang. Infolge der Rohstoffbezugschwierigkeiten und der schlechten Kohlenversorgung entstanden mehrfach ernsthafte Störungen. — In der Bilanz erscheint das Fabrikationskonto mit 2.603.459 (i. V. 2.685.575) K., Materialkonto mit 3.237.054 (3.105.688) K., Außenstände, einschließlich Bankguthaben, stehen auf 3.848.726 (3.854.450) K. zu Buche. Wertpapiere haben sich auf 647.241 (912.767) K. ermäßigt. Die Warenschulden sind dagegen auf 1.910.449 (1.664.908) K. und die sonstigen Verbindlichkeiten auf 1.336.127 (1.005.246) K. angewachsen. — Im laufenden Geschäftsjahre verfügt das Unternehmen über einen beträchtlichen Auftragsbestand, der noch für längere Zeit Beschäftigung sichert.

**\* Hannoversche Baugesellschaft.** Im Anschluß an die Meldung der heutigen Morgen Ausgabe über die abnormale Dividendenlosigkeit und die Erhöhung der Unterbilanz entnehmen wir dem Jahresbericht, daß der Verkauf des Sandsteinbruchs und von zehn Stadtgrundstücken einen beträchtlichen Verlust von 166.200 Merk gebracht hat. Gegen Schluß des Geschäftsjahres trat ein merkliches Abflauen der Kaufkraft ein. Die Verwaltung glaubt trotzdem, noch auf einige Verkäufe in diesem Geschäftsjahre rechnen zu dürfen. Die Preise für Neubauten schrecken ernstlich Bauherren und Private ab, an die Ausführung größerer Bauobjekte heranzugehen, was nach für die Asphaltindustrie eine ernste Gefahr bedeutet.

**\* Industriellen Akt.-Ges., in Kattowitz.** Nach Abschreibungen von 35.442 (i. V. 292.692) K. wurde in 1918 ein Gewinn von 446.439 (618.432) K. erzielt, aus dem wieder 15 Proz. Dividende verteilt werden sollen.

**\* Große Leipziger Straßenbahn.** Die Generalversammlung, in der ein Aktienkapital von 4.961.000 K. durch 29 Aktionäre vertreten war, erklärte sich mit der Verteilung von 6 Proz. Dividende einverstanden, nachdem ein Antrag auf Auszahlung einer etwas höheren Dividende mit 4095 Stimmen gegen die Stimmen von 11 Aktionären mit zusammen 266 Stimmen abgelehnt worden war. Wie Direktor Weber mitteilt, war das abgelehnte Geschäftsjahr das schwierigste in der Geschichte der Gesellschaft. Seit Januar d. J. habe das Personal an 27 Tagen gestreikt, wodurch das Unternehmen einen Einnahmeausfall von 1,9 Mill. Mark erlitten habe. Ueber die Wirkung des neuen 25-Pf.-Tarifs habe man bis jezt noch kein sicheres Urteil. Bis jezt sei die Abwanderung größer als bei Einführung des 20-Pf.-Tarifs. Die Zahl der Fahrgäste sei so stark zurückgegangen, daß die notwendigen Mehraufnahmen zur Deckung der Mehrausgaben nicht ausreichen. Hinzu komme, daß man über den jeztigen Umfang des Betriebes nicht hinausgehen dürfe, weil einer Betriebserweiterung die Bestimmungen des Reichskohlenkommissars entgegenstünden. Ueber die Verstaatlichungsfrage wurde von der Verwaltung mitgeteilt, daß Verhandlungen schweben, über deren Ausgang sich aber nichts sagen lasse. Die Verwaltung glaube, daß die Verhandlungen zu einem Resultat führen, das wahrscheinlich die Aktionäre zufriedenstellen werde. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden die ausstehenden Mitglieder wiedergewählt und für den Stadtverordneten Kaufmann Lücke, der sein Amt im Aufsichtsrat niedergelegt hat, der Stadtverordnete Geschäftsführer August Lehmann, der seitens des Rates in Vorschlag gebracht worden ist, neu gewählt.

**\* Die amerikanische Ernte.** Die Anbaufläche in Amerika betrug am 1. Mai 1919 48.933.000 Acres. Das Erntergebnis wird nach einem Ertrag von 15,4 Bushel pro Acre auf 899.000.000 Bushel gegen 887.000.000 Bushel (nicht 1.037.000.000 Bushel, wie im Vormonat angegeben) geschätzt.

#### Dividendenerklärungen

**\* Mainkraftwerke, Akt.-Ges., in Höchst a. M. wieder 5 Proz.** aus einem Reingewinn von 439.357 (488.628) K. bei einer Zuweisung an den Wertverminderungs- und Erneuerungsfonds von 238.132 (106.588) K. Rheinische Wasserwerks-Gesellschaft in Köln 11 (i. V. 12) Proz.

**\* Porzellanfabrik Weiden, Gebr. Pauscher, Akt.-Ges., in Weiden 9 (i. V. 6) Proz.**

**\* Swinemünder Dampfschiffahrts-Akt.-Ges. in Swinemünde 12 (i. V. 10) Proz.**

#### Merktafel für Kapitalisten

Vom 22. bis 24. Mai.

- 22. Mai. Carl Ernst & Co. Ord. 10 Uhr in Berlin. — Porzellanfabrik F. H. Hoesel & Co. in Seibitz. Ord. 10 Uhr in Dresden. — Bochumer Bergwerks-Akt.-Ges. Ansb. Ord. 12 Uhr in Homburg (Pforten) der Gesellschaft. — Deutsche Spielzeug-Akt.-Ges. Ord. 12 Uhr in Hannover. — Aachener Lederfabrik. Ord. 10 Uhr in Aachen. — Werrener Teppichfabrik. Ord. 10 Uhr in Ilmenau (Erhöhung des Aktienkapitals und Änderung der Satzungen).
- 23. Mai. Deutscher Lloyd-Liniengesellschaft Akt.-Ges. Ord. 11 Uhr in Bremen. — Tüllfabrik Pöschel. Ord. 3 Uhr in Chemnitz.
- 24. Mai. Sächsische Straßenbahngesellschaft Plauen i. V. Ord. 11 Uhr in Dresden. — Deutsche Grube bei Silberfeld. Ord. in Silberfeld. — Joh. C. Tecklenburg, Schillwärd und Maschinenfabrik. Ord. 11 Uhr in Bremen. — Dampfkessel- und Geometerfabrik von A. Wilke & Co. Ord. 10 Uhr in Braunschweig. — Steintzer Chamotte-Fabrik von Dittler. Ansb. Ord. 10 Uhr (Änderung der Satzungen). Ord. 10 Uhr in Meitern. — Maschinenfabrik A. Vitzthum. Ord. 4 Uhr in Gießen. — Bank für Handel und Industrie. Ord. 3 Uhr in Darmstadt. — Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. Ord. 11 Uhr in Leipzig. — Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Ord. 4 Uhr in Dresden. — Vereinigte Deutsche Petroleumwerke. Ord. 5 Uhr in Berlin. — Hermannshöhle, Akt.-Ges. in Pöschel. Ord. 4 Uhr in Pöschel. — Zanderdeutsche Kellerei. Ansb. Ord. 4 Uhr in Leipzig. Liquidation des Unternehmens. — Gummitwerke „Eber“. Ord. 10 Uhr in Pöschel. — Aachener, Akt.-Ges. Ord. 12 Uhr in Berlin. — „Ceres“, Maschinenfabrik von Felix Höner. Ord. 10 Uhr in Leipzig.

#### Grundstücksversteigerungen

Ergebnis am 10. Mai.

Lage der Grundstücke und Besitzer	Taxe	Die Leistung	Höchstgebot	Käufer
1. 116 Iert. Gl. Bach-Inspekt. (Arch.)	18.200	13.000	600	Leipzig-Öst. Areal, Ges. m. b. H. Gustav K. G. Zahn
104 K. Vord. 1. Kirchstraße 74/75 (Stadtm. F. R. Winkler in Regenbogen)	61.000	71.000	84.000	

Es fielen etwa aus: 1. 13.000 M. der Eisenbahn, 2. 9000 M.